

## LÄKB und Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landtages im Gespräch



Der Präsident der LÄKB, Dr. U. Wolter, lud die Mitglieder des Gesundheitsausschusses des Landtages zu einer Gesprächsrunde mit dem Vorstand zum 28. Februar 2006 ein.

Die gesundheitspolitische Situation im Land, vor allem die Versorgungssituation der Patienten sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich und die Arbeitssituation der brandenburgischen Ärzteschaft sind Anlass zur Sorge, die zu dieser Einladung führten.

Als Gesprächspunkt war angeboten eine Beratung zu dem Sachverhalt, dass in Brandenburg die Ärzteschaft, sowohl ambulant als auch stationär, statistisch die meisten Patienten versorgt, aber am längsten arbeitet und am wenigsten verdient.

Hohe Verbrauchspreise für Arzneimittel, hohe Mehrwertsteuer, hohe Zwischenhändler- und Apothekerabgaben verschärfen die Versorgungssituation.

In einer gemeinsamen Runde sollte beraten werden, was die ärztliche Selbstverwaltung und die gewählten Volksvertreter hier tun können, um die Situation zu entschärfen.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Kerstin Kaiser, wies in ihrem Antwortschreiben auf die Einladung daraufhin, dass die Mitglieder des Ausschusses die Situation, insbesondere bezüglich der ambulanten medizinischen Versorgung, intensiv zur Kenntnis genommen haben. Auch der Ausschuss habe sich bisher mehrfach mit dem Thema beschäftigt. Der Ausschuss sei einvernehmlich zu der Auffassung gelangt, dass ein mündliches Gespräch mit dem Vorstand der Landesärztekammer am ehesten angemessen ist, zumal die Meinungen zum Teil auch auseinander gehen. Daher begrüße sie die Initiative des Präsidenten der Landesärztekammer. Dieses Gespräch mache den Anfang, der durch eine Anhörung Ende März zum Thema „Situation und Perspektiven des öffentlichen Gesundheitsdienstes“ seine Fortsetzung finden solle.

Bereits im November 2005 hatte sich der Präsident in einem Schreiben an die Vorsitzende des Ausschusses gewandt, mit dem Hinweis, dass sich das Parlament der brandenburgischen Ärzteschaft am 19. November 2005 in Sorge um die weitere Gestaltung des Gesundheitswesens insbesondere mit der Sicherung der Patientenversorgung niedergelassener und angestellter Ärzte beschäftigt hat. Er teilte darin mit, dass die Kammerversammlung der Landesärztekammer Brandenburg befürchte, dass die den Ärzten mittlerweile zugemuteten schlechten Arbeitsbedingungen die Verbitterung verstärken und zu Demotivationen führen, die die notwendige Arbeitsruhe in den Kliniken gefährdet und zu Praxis-schließungen führt.

Die Delegierten der Landesärztekammer Brandenburg haben festgestellt, dass die Gesundheitsversorgung in weiten Teilen des Landes akut gefährdet ist und wenden sich deshalb mit einer Resolution an die handelnden Politiker. Dieses Schreiben sei ein Hilferuf an jeden politisch Verantwortlichen im Land.

Vom Ausschuss ist zu dem Schreiben und der Resolution der Landesärztekammer vom November 2005 leider keine Reaktion eingegangen. Insofern war man auf den Ausgang dieser Gesprächsrunde sehr gespannt.

Von Seiten der SPD nahmen zwei Ausschussmitglieder und eine Stellvertreterin, von der CDU zwei Mitglieder und der Linkspartei.PDS ebenfalls zwei Mitglieder teil.

Bis auf zwei Mitglieder war der gesamte Vorstand der Landesärztekammer anwesend, einschließlich des Hauptgeschäftsführers und des Juristischen Geschäftsführers.

In dem dreieinhalbstündigen Gespräch wurden die gegenseitigen Positionen ausgetauscht, in denen Übereinstimmungen, aber auch kontroverse Haltungen vorgetragen wurden.

Angenehm zu hören war, dass der Ausschuss gern gekommen und auf solche Gespräche angewiesen sei, um politisch zu reagieren. Die Proteste der Ärzteschaft seien nachvollziehbar, um die medizinische Versorgung gesichert zu sehen. Man ist überein gekommen, dass der Bürokratismus dann ausarte, wenn Mangel zu verwalten ist. Um so wichtiger sei es sich auszutauschen. Die Kammer wies auf Probleme hin, dass sie z.B. in der Krankenhausplanung nur angehört, nicht aber durch

den Gesetzgeber beteiligt werde und die ärztliche Weiterbildung zum Facharzt in den Krankenhäusern durch die Zusammenlegung von Kliniken, z.B. Pädiatrie und Innere, gefährdet sei. Problem sei es in Brandenburg, dass hier die meisten Patienten behandelt werden, aber es im Verhältnis zur Bevölkerung die geringste Arztdichte gibt. Wir haben in Brandenburg gut ausgestattete Krankenhäuser mit hohem wissenschaftlichen Standard und trotzdem kommen die jungen Ärzte aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen, wie Unterbezahlung und unangemessen hohe Überstundenzahlen, nicht.

Wenn diese Bezahlungssituation so weitergehe, werde es in der deutschen Ärzteschaft zu einem Kulturwandel kommen. Das Mindeste sei eine finanzielle Gleichstellung Ost und West.

Hingewiesen wurde auch darauf, dass die finanzielle Situation im ambulanten Bereich mit dadurch schwierig wird, dass im Osten die Krankenkassen nur 11%, in den westlichen Bundesländern dagegen 16% für den ambulanten Bereich ausgeben. Die Frage nach dem sachlichen Warum könne nicht erklärt werden. Kritisch wurde auch angesprochen, dass die Mehrwertsteuer für Arzneimittel in Deutschland 17% betrage, in den meisten anderen Staaten jedoch weniger trotz höherer Mehrwertsteuer insgesamt. Weiterhin wurden die Strukturen im Gesundheitswesen beraten bis hin zur neuen Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren.

Abschließend einigte man sich, dass man sich öfter zum Informationsaustausch treffen solle. Gewünscht wurde von Seiten der Abgeordneten eher spezifische Informationen von Seiten der ärztlichen Selbstverwaltung zu erhalten. Es wurde sich verständigt, den Abgeordneten das monatliche Mitteilungsblatt der Landesärztekammer zu ihrer Information und Beratung zuzustellen.

Dr. R. Heiber  
Hauptgeschäftsführer



LÄKB-Präsident Wolter im Gespräch mit der Vorsitzenden und Mitgliedern des Gesundheitsausschusses